**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 28 (1936)

**Heft:** 12

**Artikel:** Französische Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-352836

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 04.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Französische Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Die Kammerwahlen vom April/Mai 1936 haben den in der französischen Volksfront zusammengefassten Parteien die politische Macht gegeben. Sie verfügen mit zusammen rund 375 Sitzen über 60 Prozent der Mandate. Zwar haben die Kommunisten, die einen Teil der Volksfront bilden, die Regierungsbeteiligung von vornherein abgelehnt; jedoch haben sie für sämtliche Vertrauensvoten und Gesetze gestimmt, die von der sozialistisch geführten und ausserdem von der Paul Boncour-Gruppe und den Radikalsozialisten (bürgerliche Linke unter Führung Daladiers) gebildeten Regierung eingebracht worden sind. Gegen diese Mehrheit steht eine Opposition, die in wichtigen Fragen der Aussen- und Innenpolitik uneinig ist. Es heisst die Dinge allzusehr vereinfachen, wenn man feststellt, dass die von Flandin geführten Mittelgruppen die Regierung Blum vom Standpunkt der bürgerlichen Tradition in der Dritten Republik bekämpfen, während die weiter rechts stehenden Fraktionen zu antiparlamentarischen Lösungen bereit sind: die Hetze des Wochenblatts « Gringoire » gegen den Innenminister Salengro, die trotz seiner einwandfreien Rechtfertigung andauerte und ihn am Leben verzweifeln liess, fand immerhin eine Billigung bei mehr als 100 Deputierten in der 618 Mitglieder zählenden Kammer. Im übrigen aber toben selbst innerhalb jeder Fraktionsgemeinschaft der Opposition die Fehden über das Verhältnis Frankreichs zu Russland und Deutschland, England und Italien, über das Budgetproblem, über die Beziehungen von Kapital und Arbeit. Ein kluger und klarer Kopf wie Paul Reynaud — er hatte sich als einziger französischer Parlamentarier seit zwei Jahren offen zur Devalvation des Franc bekannt, wenn man von dem geschäftlich an dieser Operation interessierten Patenôtre absieht — hat stets das Ohr des Hauses, ist aber mit seinen Ideen meist isoliert und vermag eine sammelnde Aktivität auf der Rechten nicht auszuüben. Was die anderen politischen Faktoren betrifft, so beschränkt sich der Präsident der Republik auf seine repräsentativen Funktionen. Der Senat verharrt zur Regierung der Volksfront in kühler Haltung und übt ihren Lösungen gegenüber dieselbe retardierende Wirkung aus wie früher gegenüber Regierungen der nationalen Union. Er ist sich aber klar darüber, dass ein Sturz dieses Kabinetts zu schweren Komplikationen führen kann, weil eine dauerhafte Regierungsbildung auf einer anderen Grundlage in dieser Kammer kaum vorstellbar ist. Er behält daher trotz seiner inneren Gegnerschaft zu der von Blum geführten Politik die seit Jahrzehnten von ihm gespielte Rolle bei: sich den grossen Strömungen, die durch das Land gehen, nicht zu widersetzen und die Bremse nicht so stark anzuziehen, dass die Weiter-

arbeit einer von der Volks- und Parlamentsmehrheit getragenen Konstellation unmöglich gemacht würde. Das entspricht der Auffassung des rechten Flügels der radikalen Partei, der an Zahl und Einfluss im Senat dominiert.

So entstehen die Schwierigkeiten, an denen es dem Kabinett nicht mangelt, aus der Erbschaft, die es übernommen, aus den Aufgaben, die es zu lösen hat und aus den Reibungen innerhalb der Parteien der Volksfront selbst. Trotz der Verschiedenheit der Probleme in der Schweiz und Frankreich, die sich aus dem sozialen Aufbau, aus der Verfassungskonstruktion, aus der Machtlage und auch aus dem Volkscharakter ergibt, interessiert ein Teil der umstrittenen Fragen beide Länder und ihre Arbeiterschaft. So wird eine Uebersicht über die Situation in Frankreich auch in der Schweiz willkommen sein; dazu kommt die Bedeutung, die der Verlauf dieser Volksfrontpolitik im Rahmen eines Staates mit gefestigter demokratischer Tradition für die demokratische und sozialpolitische Entwicklung überhaupt hat.

Der Schwerpunkt der Regierungstätigkeit liegt auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet. Der Auftrag der Wähler an das Parlament ist dahin gegangen, dass es eine Politik der Krisenüberwindung treiben solle. Die Legislaturperiode von 1932—1936 war durch die Deflationspolitik charakterisiert. Ihre Wirkungen wurden von 1934 ab mit der Verschärfung dieses Kurses durch die Kabinette der nationalen Union für die Arbeiterklasse und den Mittelstand so fühlbar, dass die Wahlen vom Frühjahr unter diesem beherrschenden Einfluss standen. Seit dem antiparlamentarischen Februar-Aufruhr vom Jahre 1934 war zudem die Parallelität zwischen der Ueberspannung der Deflation und dem Vordringen des Faschismus allgemein erkannt worden. Die Bilanz der Abbaupolitik im Zeitpunkt der Wahlen war erschreckend: die ausgezahlte Gesamtlohnsumme war von 122 auf etwa 90 Milliarden Franken gesunken (1 Schweizer Franken = 5 franz. Franken), Fremdenverkehr und Fremdenindustrien fast völlig zusammengebrochen, der Eisenbahnverkehr wies seit 1931 von Jahr zu Jahr neue erhebliche prozentuale Rückgänge auf, der Export schrumpfte im gleichen Zeitraum ununterbrochen zusammen, ein Preisverfall bei den Agrarprodukten drohte, die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu ruinieren, Textilindustrie und Baumarkt litten unter einer schweren Sonderkrise. Unter diesem Eindruck haben sich die französischen Wähler in Stadt und Land für eine Erneuerung und Umkehr in der Wirtschaftspolitik ausgesprochen.

Aber die Deflation ist nicht nur politisch am allgemeinen Stimmrecht, sie ist auch wirtschaftspolitisch an ihren eigenen Widersprüchen zusammengebrochen. Drei Ursachen haben sein Ende herbeigeführt. Zunächst ist das Budgetgleichgewicht niemals erreicht worden, die Budgetprobleme haben sich trotz aller schweren Opfer der Bevölkerung, die in den vorhin angeführten

Zahlen zum Ausdruck kommen, als unlösbar erwiesen. Sodann haben im Zusammenhang damit die Anhänger der Deflation selbst ihr eigenes System vernichtet: seit Ende des vorigen Jahres zeigten sie sich nicht mehr bereit, öffentliche Anleihen zu zeichnen und damit den Geldbedarf des Staates zu decken, der durch die ordentlichen Einnahmen nicht befriedigt werden konnte; so gaben sie selbst die Deflationspolitik durch Mangel an Vertrauen preis. Schliesslich begann der Widerspruch zwischen gedrückter Kaufkraft und steigenden Warenpreisen durch das Anziehen der Weltmarktpreise und die Vorläufer einer allgemeinen Konjunkturbelebung sich immer schärfer zu markieren. Näherten sich die französischen Grosshandelspreise unmittelbar nach den Lavalschen Notverordnungen vom Sommer 1935 dem Weltpreisniveau an, so gingen sie schon in den nächsten Monaten wieder so stark nach oben, dass das Misslingen der Operation klar war und der Versuch der Anpassung an die Weltmarktpreise durch die Deflationspolitik als gescheitert angesehen werden musste. Genau so wenig wie politisch, kann eben währungs- und finanzpolitisch eine kleine Staatengruppe sich erfolgreich isolieren. Diese Entwicklung hätte in kurzer Zeit jeden Staatsmann in Frankreich zur Abkehr von der Deflation genötigt, eine Entscheidung, bei der je nach der an der Macht befindlichen Gruppe eine Nation auf sehr verschiedene Wege geführt werden kann. Der Ausfall der Frühjahrswahlen übertrug Léon Blum die Aufgabe, Frankreich durch die Durchführung eines kühnen Sozial- und Wirtschaftsprogramms aus der Krise herauszuführen.

Die Einzelheiten seiner Gesetzgebung sind aus der Tagespresse bekannt. Wir können uns damit begnügen, die Grundzüge seines Planes der Krisenheilung durch Kaufkraftstärkung herauszuarbeiten. Die Regierung schaltete sich im Juni in die grossen Wirtschaftskämpfe im Sinne der Förderung allgemeiner Lohnerhöhungen ein, die besonders bei den schlecht bezahlten Gruppen beträchtlich waren [1]. Das Gesetz über bezahlten Urlaub schuf eine zusätzliche Verbesserung des Lohnes. Im öffentlichen Dienst wurden die Lohn- und Gehaltsabzüge, die auf den Lavalschen Dekreten beruhten, weitgehend gemildert und sozial gestaffelt. Die Einführung der 40-Stunden-Woche, die im letzten Vierteljahr 1936 Wirklichkeit wird, erfolgt mit Lohnausgleich, trägt also zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei, ohne die Kaufkraft der beschäftigten Arbeitnehmer zu schwächen. Oeffentliche Arbeiten und die Vermehrung öffentlicher Aufträge verstärken die Tendenz zur Eingliederung der Erwerbslosen in den Wirtschaftsprozess, der

[1] Die französischen Löhne sind in der Deflationsperiode tief gesenkt worden. Im Jahre 1934 befanden sich 6½ Millionen Arbeiter in der Sozialversicherung, verdienten also weniger als 18,000 Fr. Von ihnen hatten 24 % mehr als 9600 Fr., 37 % 6000—9600 Fr., 14 % von 4500—6000 Fr. und rund 1½ Millionen (25 %) hatten noch geringere Lohneinkünfte. Diese Ziffern haben 1935 einen weiteren Rückgang erfahren, für den statistische Angaben noch nicht vorliegen.

daneben auch indirekt die Heraufsetzung der Schulpflicht auf 14 Jahre und die Herabsetzung der Altersgrenze im öffentlichen Dienst zugute kommt. Der Getreidefestpreis sichert den Landwirten eine Entlöhnung ihrer Arbeit, wie sie sie seit Jahren nicht mehr gekannt haben, und verhindert auf der anderen Seite übermässige Preiserhöhungen zum Nachteil der Konsumenten in schlechten Erntejahren.

Diese Massnahmen sind eingebaut in eine Sozial- und Wirtschaftsreform, die sich teils als Folgewirkung aus ihnen ergibt, teils unmittelbar aus der Ideenwelt der Volksfront entstanden ist. In der Landwirtschaft finden wir die Schaffung des Getreideamts und der genossenschaftlichen bzw. staatlichen Regelung des Absatz- und Verteilungsproblems des Brotgetreides unter Ausschaltung des spekulativen Getreidehandels, in der Industrie die Verstaatlichung oder Kontrolle der Rüstungsbetriebe, im Kreditwesen die Demokratisierung der Verwaltung der Bank von Frankreich und die Sicherung des Einflusses des Staates auf ihre Leitung, in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Schaffung eines soliden gesetzlichen Unterbaus für das Kollektivvertragsrecht, das sich sofort überall durchgesetzt hat. Alle diese Reformen haben eine bedeutende Erweiterung des staatlichen Einflusses auf das Wirtschaftsleben und ein Vordringen des kollektiven Gedankens in der Arbeits- und Wirtschaftsverfassung gemeinsam. Frankreich, das in dieser Hinsicht um Jahrzehnte hinter der Entwicklung mancher anderer west- und mitteleuropäischer Staaten zurückgeblieben war, hat sie im Sturmschritt eingeholt und teilweise überholt. In die Vorstellungswelt des wirtschaftlichen Individualismus ist eine tiefe Bresche gelegt. Viele der kritischen Erscheinungen im politischen und sozialen Leben des Landes erklären sich aus dem Widerspruch zwischen den Ideen der Blumschen Gesetze und dem Mangel an äusseren Voraussetzungen zu ihrer Durchführung. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist nicht genügend ausgebaut, die Arbeitgeberorganisationen müssen aus dem Boden gestampft werden, die Gewerkschaften haben zwar ihren Mitgliederbestand in vier Monaten von einer auf fünf Millionen erhöht, aber ein solches Emporschnellen der Ziffern besagt noch nichts über den gewerkschaftlichen Geist der Neulinge und stellt gewaltige Erziehungsaufgaben. Die kollektive Idee hat die Köpfe erobert, die Organisation zu ihrer Realisierung ist noch mangelhaft. Blum hatte durchaus recht zu betonen, dass bei dem Tempo der jüngsten Entwicklung auch psychologisch der äussere Erregungszustand des Volkes im Vergleich zu der Revolutionierung des Denkens eher als gering zu bezeichnen ist. Dass trotzdem gerade von hier aus seinem Versuche ernste Gefahren drohen, werden wir noch sehen.

Das Blumsche Programm hat seine Abrundung durch zahlreiche Hilfs- und Kreditmassnahmen zugunsten der Unternehmer erhalten, die die gestiegenen sozialen Lasten nicht sofort durch

Umsatz- und Gewinnsteigerungen kompensieren konnten. Diese Uebergangsmassnahmen sollten ihnen erlauben, die Wirkungen der Kaufkraftsteigerung ohne Gefährdung der Existenz der Betriebe abzuwarten. Die Hilfe vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen erschien der Regierung um so notwendiger, als sie ungerechtfertigte Preiserhöhungen durch gesetzliche Massnahmen zu bekämpfen und ihnen durch Einrichtung von Preisprüfungsstellen und Strafbestimmungen zu begegnen suchte, um das Ergebnis der Kaufkraftsteigerung nicht verpuffen zu lassen. Der gleiche Gedanke der Uebergangsregelung beherrschte das Finanzprogramm. Eine kurzfristige Anleihe und die Kredithilfe der Bank von Frankreich sollten für die durch die neue Politik wachsenden Bedürfnisse des Staatshaushalts aufkommen, bis die neubelebte Konjunktur die Steuereingänge verbessern und den Kapitalmarkt wieder aufnahmewillig für staatliche Anleihen machen würde.

Blum hat sein Programm energisch, schnell, ohne Inanspruchnahme von Vollmachten mit parlamentarischen Mitteln und mit Mehrheiten durchgeführt, die oft beträchtliche Teile der Opposition mitumschlossen. Rede-, Press- und Versammlungsfreiheit blieben unbeschränkt. Diese französische Politik war ein schönes Beispiel einer grossen Sozial- und Wirtschaftsreform mit friedlichen und demokratischen Mitteln und im Geiste der Humanität. Die mit ihr verbundene Aufgabe der Krisenüberwindung ist richtig angepackt, jedoch mit der in solchen Augenblicken gebotenen Schnelligkeit nicht gelöst worden. Zwar zeigten sich im Eisenbahnverkehr, im Tourismus und in den Konsumgüterindustrien sichtbare Belebungszeichen; an zwei Punkten aber traten Hemmungen ein, die das Ueberspringen dieser einzelnen aussichtsreichen Merkmale auf die Gesamtwirtschaft verhinderten.

Zunächst gelang die Lösung des Preisproblems nicht; die Preissteigerungen, die, wie bereits erwähnt, seit Hochsommer 1935 zu beobachten waren, setzten sich fort. Der staatliche Verwaltungsapparat Frankreichs ist auf wirtschaftlichem Gebiet weder zahlenmässig noch fachlich zureichend und hat sich auch dieser Aufgabe der Preispolitik nicht gewachsen gezeigt. Der französische Staat ist auf dem Gebiet der Statistik, der Ueberwachung der Wirtschaft und der Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet noch in einem Stadium, das Staaten mit stärker genossenschaftlichem Denken ihrer Bevölkerung bereits hinter sich gelassen haben. Schwerwiegender war die Unzulänglichkeit der finanziellen Basis des Krisenheilungsversuchs. Die kurzfristige Anleihe war ein Fehlschlag. Trotz einer Zinsausstattung, die die der langfristigen Schweizer Wehranleihe überstieg, konnte nach dreimonatiger Auflegungsdauer nur ein Zeichnungsertrag von 4 Milliarden Franken gebucht werden, ein Ergebnis, das bei einem Vergleich der Bevölkerungszahlen der Schweiz und Frankreichs tief unter dem Schweizer Resultat zurückblieb. So ergaben sich drückende Finanz-

schwierigkeiten. Das Finanzkapital, das seit längerer Zeit selbst zur Mitarbeit an der Finanzpolitik der Regierungen der Rechten nicht mehr bereit war, zeigte begreiflicherweise keine Neigung, einen sozialistischen Ministerpräsidenten und das Volksfrontprogramm zu unterstützen. Die Preis- und Finanzentwicklung erweckten allgemein den Eindruck, dass das Experiment der Kreditexpansion auf der Grundlage des überhöhten Frankenwertes misslingen müsste und die Wahl nur zwischen Abwertung und Devisenzwangswirtschaft bliebe. In jenen Wochen gingen einflussreiche Gelehrte und Politiker des französischen Bürgertums zur Devalvationsthese über, so Professor Rist, so Germain-Martin, der einstige Finanzminister Doumergues und Flandins. Die bekannten Folgen dieser Situation: neue Kapitalflucht, Sinken der Rentenkurse, erneuter Druck auf das Geschäftsleben, stellten sich ein.

Blum hat nicht lange gezögert, die Konsequenzen aus dieser Lage zu ziehen, auf die sich die französische Regierung als Eventualfall vorbereitet hatte. Vermutlich war er sich selbst schon beim Antritt seiner Regierung darüber klar, dass die Devalvation unvermeidlich sei. Nicht sachliche, sondern taktische Gründe hatten ihn veranlasst, sie im Mai abzulehnen, als der damalige Regierungschef Sarraut nach den Wahlen, aber vor der Regierungsbildung des Front Populaire zur Beruhigung der Finanzkreise von ihm eine Erklärung für die Francstabilität verlangte und die Kommunisten das gleiche Ersuchen zur Beruhigung ihrer Anhänger an ihn stellten. Heute herrscht in Frankreich Uebereinstimmung darüber, dass die Abwertung unvermeidlich war, um die Wirtschaft von der Lähmung zu befreien, die die Furcht vor der Devalvation erzeugte. Auch die Bedeutung der gemeinsamen Erklärung Frankreichs und der angelsächsischen Mächte ist richtig erfasst worden. Ebenso besteht Einmütigkeit darüber, dass bei der Alternative zwischen Devalvation oder Wirtschaftsdiktatur für Frankreich nur die Währungsabwertung in Frage kommen konnte. Die nachträgliche Entwicklung und das allgemeine Urteil lässt den Schluss zu, dass Blum sich und der französischen Politik und Wirtschaft manche Schwierigkeiten erspart hätte, wenn er die Devalvation von vornherein in sein Programm aufgenommen hätte.

Jedenfalls hat die neue Währungspolitik zu einer wirtschaftlichen Belebung auf allen Gebieten einen Anstoss gegeben, der auch äusserlich in Erscheinung tritt. Vor allem ist die Arbeitslosigkeit trotz der Saisoneinflüsse noch bis in die jüngste Zeit hinein zurückgegangen, ein in den Monaten Oktober und November ganz ungewöhnlicher Vorgang. Mit rund 400,000 Erwerbslosen lag sie Mitte November kaum noch über der Vorjahreszahl, die sie voraussichtlich bis Jahresende unterschritten haben wird. Auch die Zahl der weniger als 48 Stunden Arbeitenden ist von 49 Prozent aller in den Grossbetrieben Beschäftigten vor 1½ Jahren auf gegenwärtig 24 Prozent zurückgegangen. Praktisch existiert schon jetzt eine Erwerbslosigkeit ausserhalb von Paris, wo sich die Hälfte

aller Arbeitslosen befindet, nur noch in wenigen industriellen Departementen. Da dies Ergebnis schon vor der tatsächlichen Einführung der 40-Stunden-Woche erzielt ist, so wird sie in den meisten Landesteilen nicht ohne neuen Zuzug ausländischer Arbeiter durchzuführen sein — es sei denn, dass man sie auf dem Ueberstundensystem basieren will. Auch die Produktions- und Verkehrsziffern, die Steuereingänge, die Gästefrequenz weisen stark ansteigende Ziffern auf; die Mehreinnahmen der Eisenbahnen lagen in den letzten Wochen über 10 Prozent höher als die Vorjahresziffern. Kein Zweifel, dass Frankreich jetzt den Weg aus der Krise heraus findet.

Trotzdem begegnet die Volksfrontregierung auf ihrem Wege manchen Schwierigkeiten, die nicht unterschätzt werden dürfen. Blum hat wiederholt betont, dass er nicht als Chef einer sozialistischen Regierung amtiere, sondern als Haupt einer Koalitionsregierung das Volksfrontprogramm durchführe, das ein Reformprogramm im Rahmen des kapitalistischen Staates ist. Die Devalvation war eine abermalige Entscheidung für eine Politik der Nutzbarmachung auch der Kräfte des Kapitals für die Krisenüberwindung. Die so lange hintangehaltene Kapitalinvestition sollte damit endlich vorbereitet werden, die in der anwachsenden Kaufkraft und in der Erwartung fortschreitender Konjunkturbesserung ihre Rechtfertigung findet. Auf der anderen Seite haben manche Einzelheiten der französischen Devalvationstechnik die Gedanken der wirtschaftlichen Zweckmässigkeit zugunsten der sozialen Gerechtigkeit zurückgedrängt, deren Verwirklichung besser in das Gebiet der Gestaltung der nachfolgenden wirtschaftlichen Verhältnisse gehört. So macht die Auflockerung der Kapitalhorte nicht die erhofften Fortschritte, das Misstrauen gegen die Staatsrenten bleibt bestehen, langfristiges Geld ist nach wie vor teuer; natürlich tragen ausser der noch zu schildernden sozialen Lage vor allem auch die aussenpolitischen Probleme zu dieser Zurückhaltung bei. So liegt die Konversion der französischen Staatsschuld, ein notwendiger Akt der Finanzsanierung, noch in weiter Ferne. Ein Budget aber, das an ungedeckten plan- und ausserplanmässigen Ausgaben rund 25 Milliarden Franken aufweist, ist nur dann gefahrlos, wenn das Geld billig ist und daher auch in den staatlichen Werten Anlage sucht. Auch auf dem Gebiet der Preispolitik dauern die oben geschilderten Schwierigkeiten an. Es wäre freilich auch für eine besser geschulte Wirtschaftsverwaltung gegenwärtig kaum möglich, die Grenze zwischen gerechtfertigter und ungerechtfertigter Preissteigerung zu ziehen; denn die Bewegung der Weltmarktpreise, die durch die 40-Stunden-Woche entstehende Mehrlast und die Devalvation wirken gleichzeitig auf das französische Preisniveau nach oben ein. Trotzdem sind die Preissteigerungen auch jetzt wiederum übertrieben; denn Frankreich führt dem Werte nach noch nicht 15 Prozent der umgesetzten Waren aus dem Ausland ein, davon einen erheblichen Teil aus den Kolo-

nien und Staaten, die gleichfalls devalviert haben, und überdies sind die Zölle für nicht kontingentierte Waren herabgesetzt worden. So wird durch die Preisentwicklung[1] das soziale Problem der Höhe des Arbeitslohnes von neuem aufgerollt. Es ist eine Lebensfrage für die französische Wirtschaft, dass Löhne und Preise baldigst auf einem Niveau stabilisiert werden, auf dem die Kaufkraftverbesserung der breiten Massen und die Vorteile eines angemessenen Frankenwertes auf dem Binnen- und Weltmarkt gleichzeitig erhalten bleiben.

Vielleicht erklärt unsere Darstellung die inneren Gründe dafür, dass die Arbeit der Volksfrontregierung sich in der Atmosphäre einer ständigen sozialen Unruhe vollzieht. Weite Kreise ausserhalb der Arbeiterschaft haben die grossen Streiks, die Fabrikbesetzungen, die Massenfolge von Versammlungen im Juni als Begleiterscheinungen eines tiefen politischen Wandels verstanden und ohne grössere Besorgnis hingenommen. Vorkommnisse der gleichen Art, die sich im Spätsommer und Herbst wiederholt haben, waren an Bedeutung und Ausdehnung mit jenen früheren Ereignissen nicht entfernt zu vergleichen. Dennoch haben sie einen ganz anderen Einfluss auf die Stimmung des linksbürgerlichen Lagers ausgeübt, das anfängt, in seiner Stellung an der Seite der Arbeiterschaft schwankend zu werden. Die soziale Erregung klingt nicht so schnell ab, wie die mittelständlerischen Kreise es wünschten, die gute Republikaner sind, aber den Eigentumsbegriff hochhalten, die jede faschistische Revolte zusammen mit der Arbeiterschaft zu bekämpfen bereit stehen, aber sich das Geschäft auch nicht durch politische Unruhe von links stören lassen wollen. Die Arbeiter in Frankreich aber neigen begreiflicherweise in ihrem schweren Kampf um ihre neuerworbenen Rechte und die Erhaltung ihrer verbesserten Position zu gelegentlichen Ausbrüchen, die das bürgerliche Regierungslager verstimmen. Abgesehen davon, dass die neue Maschinerie sich nur langsam einspielt, hat die Arbeitgeberschaft den Kampf für ihre Auffassungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht aufgegeben; von den Rückwirkungen der Preisentwicklung auf die sozialen Verhältnisse war schon die Rede. An die Spitze der Unternehmerorganisationen ist kürzlich Gignoux getreten, der scharfmacherische Herausgeber der « Journée industrielle » und Vertrauensmann Lavals. Ein Vorgang, wie der Zusammenbruch und Freitod Salengros, konnte die Erregung gegen die Hintermänner der Hetze gegen bestimmte Regierungsmitglieder nur steigern.

---

[1] Grosshandelsindex Ende August 1935: 343; Ende Oktober 1936: 452. Gewogener Detailindex in Paris, August 1935: 420; Ende Oktober 1936: 504. Lebenshaltungskostenindex für Paris, 3. Vierteljahr 1935: 469; 3. Vierteljahr 1936: 504. — Im letzteren Index kommen die jüngsten Preissteigerungen noch nicht zum Ausdruck. Auf der andern Seite beobachtet man als günstiges Symptom die nicht unbedeutend geringere Steigerung der Detailpreise im Vergleich zu den Grosshandelspreisen.

Die aus der sozialen Situation erwachsenden Spannungen wirken auf das Verhältnis der Parteien der Volksfront zueinander ein. Die Gegnerschaft der Radikalsozialisten, nicht gegen Blum und seine Gesetzgebung, wohl aber gegen die sie begleitenden ausserparlamentarischen Vorgänge, die Unruhe in das Wirtschaftsleben tragen, verschärft sich. Die Haltung der Pariser radikalen Blätter, die bedeutungslos sind, wäre unwesentlich; ernster ist das Erwachen der Kritik in der einflussreichen radikalen Presse des Südens und Südwestens, also in den Organen der Landesteile, in denen der Gedanke des « Kartells », des Zusammengehens der gesamten Linken bei der Wahl und im Parlament stets seine stärksten Stützen hatte. Der Parteitag von Biarritz hat dem Unmut der radikalen Wähler der Provinz, die bekanntlich im politischen Leben Frankreichs vorherrscht, lauteren Ausdruck verliehen, als die Führer angenommen hatten. So wenig diese Stimmung der Radikalen schon als Abkehr von dem Volksfrontgedanken gedeutet werden kann, so kann man sie doch nicht unberücksichtigt lassen. Sie setzt sich bei ihnen politisch in die Auffassung um, dass die Abhängigkeit der Regierung von den Kommunisten die tiefere Ursache der störenden Symptome sei.

Es ist schon gezeigt, dass diese Deutung irrig ist und dass die Erregung der Arbeiter tiefere Gründe hat als die Agitation einer politischen Partei. Häufiger als in anderen Ländern steigt in Frankreich urplötzlich ein Wille aus der Masse auf, der Hunderttausende von Menschen ausserhalb aller gewerkschaftlichen und politischen Bindungen zum vorübergehenden gemeinsamen Handeln vereinigt. Aber richtig ist, dass die Mitarbeit der Kommunisten in der Volksfront als schwere Hypothek auf der Regierung Blum lastet. Sie verbinden ihre Regierungstreue im Parlament mit demagogischer Agitation im Lande. Durch Kritik an den Massnahmen, die sie im Parlament gutheissen, suchen sie Anhänger der ihnen verbündeten Parteien sich zuzuführen. Es kommt ihnen nicht darauf an, sich gleichzeitig als Vorkämpfer der Demokratie und eines Sowjetfrankreichs, als Hüter des Weltfriedens und als wilde Nationalisten aufzuspielen und die Devalvation, für die sie im Parlament stimmten, im Lande als Schädigung der Arbeiterschaft zu verurteilen. Heftige Angriffe gegen Blum und seine Politik wechseln ab mit Treuebekenntnissen zur Volksfront, die dann plötzlich wieder durch die Agitation für eine « Front français », eine allfranzösische Front abgelöst werden; die kommunistische Zellenbildung in den Betrieben macht der sozialistischen Partei wachsende Sorge. Aussenpolitisch ist die kommunistische Partei in die Zerrissenheit und das Schwanken der russischen Aussenpolitik und in die Intrigen zwischen den russischen Machthabern hineingezogen. Die Zweideutigkeit und das Doppelspiel der Kommunisten hat die Führung der sozialistischen Partei wiederholt zu energischen Erklärungen veranlasst. Die Gegner der Volksfront nutzen diese Vorgänge weidlich aus, und

vor allem erhält aussenpolitisch die französisch-russische Zusammenarbeit durch die gegenwärtige Rolle der französischen Kommunisten einen Aspekt, der manchen bürgerlichen Anhänger dieser Politik schwankend macht.

Mit der ungeschminkten Darstellung dieser Situation soll nicht gesagt werden, dass die Regierung diesen Belastungen nicht gewachsen sein wird. Blum hat wiederholt erklärt, dass er das von den Wählern der Kammer gegebene Mandat nur als Haupt einer Volksfrontregierung mit kommunistischer Unterstützung ausführen kann. Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten, seine Haltung zu den Kommunisten im einzelnen und ihre Entstehung aus den politischen Vorgängen der letzten 20 Jahre zu erklären und darzustellen, warum er die Schattenseiten mit in Kauf nehmen zu müssen glaubt. Jedenfalls ist nicht daran zu zweifeln, dass er die Zusammenarbeit der gesamten Linken aufrechtzuerhalten wünscht, so schwer ihm auch die Kommunisten das politische Leben machen. Um dies Ziel zu erreichen, muss er schnelle Erfolge in der Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und in der politischen Befriedung des Landes verzeichnen können. Man möchte wünschen, dass dies dem klugen Führer des französischen Sozialismus gelingt.

---

# Französische Wirtschaftszahlen.

Von Erika Rikli.

Am Anfang der Weltwirtschaftskrise, die seit 1929 ungefähr gleichzeitig in allen Ländern der Erde einsetzte, galt Frankreich als das Land ohne Krise, als eine Insel, die von der Produktionsschrumpfung bewahrt bleibe. Etwas verspätet ist dann aber auch Frankreich in die Krise hineingerissen worden, und heute, wo sich bereits wieder seit einigen Jahren in fast allen Industrieländern ein Wirtschaftsaufschwung geltend macht, steht Frankreich noch mitten in der Depression. Der besondere Verlauf der französischen Wirtschaftskrise soll hier mit Hilfe einiger Zahlen und Kurven illustriert werden.

Der späte Ausbruch der Wirtschaftskrise in Frankreich erklärt sich durch verschiedene Umstände. Frankreich ist ein wenig industrialisiertes Land; bei der letzten Volkszählung arbeiteten von 1000 Berufstätigen 357 (Schweiz 213) in der Landwirtschaft. Der französische Aussenhandel ist relativ gering; pro Kopf der Bevölkerung betrug die Ausfuhr 1929 Fr. 243.— (in der Schweiz damals Fr. 522.—), so dass die verringerte Kaufkraft der Krisenländer auf die französische Wirtschaft keine entscheidende Wirkung ausübte. Frankreich kann sich bis zu einem hohen Grade selbst erhalten und ist somit von der Wirtschaftsentwicklung im